

ökonomischen und politischen diskriminierenden Mechanismus, der an die beiden Begriffe „Ausländer“ und „Rasse“ geknüpft ist, und 2. als Folge einer für den zur Auswanderung gezwungenen Arbeiter typischen Situation, die mit den Gründen und Zielen der Auswanderung zusammenhängt, mit den familiären und anderen Bindungen in seiner Heimat und mit dem Übergang aus einem ländlichen in ein städtisches Milieu. Diese Situation zwingt ihn, die ihm „angebotenen“ Arbeitsbedingungen zu akzeptieren.

Überfremdungsfurcht

Die Gründe eines solchen mehr oder weniger unterschweligen „Rassismus“ sind in ihrer Verflochtenheit nur schwer herauszukristallisieren. Immerhin lassen sich einige Komponenten ausmachen. Nicht unerheblich spielt hier eine weitverbreitete Ignoranz mit. Der ausländische Arbeiter wird als ökonomische und soziale Belastung empfunden, während das Gegenteil der Fall ist: sein großer Nutzen für die Nationalwirtschaft als leicht verfügbare und nutzbare Arbeitskraft. Staatspräsident *Pompidou* hat die Einwanderung als „Mittel zu einer gewissen Entspannung auf dem Arbeitsmarkt und gegen soziale Pressionen“ bezeichnet („Économie et Humanisme“, a. a. O., S. 17).

Eine psychisch-soziale Komponente im Phänomen dieses Rassismus ist häufig an die Überschreitung einer Toleranzgrenze in Wohngebieten und in Schulen gebunden. Sie liegt, wie allgemein angenommen wird, bei 10% vom Bevölkerungsanteil und bei 30% vom Schüleranteil. Ein solcher Bevölkerungsanteil, der in industriellen Ballungsgebieten bis zu 15% und 20% ansteigt, ruft die auch aus anderen Ländern bekannte typische Überfremdungsfurcht und eine defensive Abstoßreaktion hervor. *A. Zehrauoui*, der speziell die Situation der algerischen Familien in Frankreich untersucht hat, schreibt, nach Angaben französischer Sozialarbeiter für Einwandererfamilien zeige sich bei den französischen Mietern von sozialen Wohnungsbauten eine Reaktion des Rassismus vom Typ des „kleinen Weißen“, wenn im gleichen Gebäude der ausländische Anteil 10% überschreitet. Nachbarschaftsbeziehungen hören dann völlig auf (vgl. „Témoignage Chrétien“, 19. 8. 71). Bei dieser Schwelle bestehe die

Gefahr eines „legalen bzw. plebiszitären Rassismus“ („Hommes et Migrations“, 15. 7. 70).

Um diese Schwelle erst gar nicht akut werden zu lassen, wäre eine Dezentralisierung der Industrie und eine zusammenhängende Einwanderungs- und Wohnungspolitik erforderlich. Der Regierung ist aber mehr an einem vorübergehenden Arbeitsaufenthalt von Einzelpersonen gelegen. Diese Regierungspolitik verurteilte der dritte Nationalkongress der „Fédération des associations de soutien en faveur des travailleurs immigrés (FASTI) im Juli dieses Jahres (vgl. „La Croix“, 22. 7. 71). Er warf auch der mehr oder minder impliziten Politik der kulturellen Assimilierung ausländischer Arbeitnehmer vor, sie gehe zu Lasten der kulturellen und religiösen Werte der Herkunftsländer dieser Arbeiter. Er forderte einen „wirksamen Kampf gegen die Xenophobie und den Rassismus“ und die Errichtung eines Staatssekretariats beim Ministerium für Arbeit, Beschäftigung und Bevölkerung, das politisch für die Einwanderung verantwortlich wäre.

Andere Spannungsmomente kommen dort hinzu, wo ausländische Arbeiter eine höhere berufliche Qualifikation aufweisen oder größere Arbeitskraftreserven und einen größeren Arbeitswillen mitbringen, den die Arbeitgeber „zum Nachteil der Franzosen“ zu nutzen wissen. Eine Rolle spielen auch erziehungsbedingte Vorurteile, der „Mythos von der sexuellen Gewalttätigkeit“ der Algerier und die „Legende“ von ihrer Kriminalität. Nur langsam würden solche und an-

dere Vorurteile aus den Schulbüchern gerade in den unteren Klassen ausgemerzt.

Geringes kirchliches Engagement

Die kirchlichen Initiativen gerade gegen diese Spielart des Rassismus scheinen spärlich. Die Seelsorge erfaßt hauptsächlich die katholischen Italiener, Spanier und Portugiesen, und diese auch nur zum Teil. Da und dort wird in konkreten Fällen gegen Zwangsausquartierungen ausländischer Arbeiter protestiert, wie z. B. im November vergangenen Jahres die katholischen und protestantischen Gemeinden im 15. Stadtbezirk von Paris (vgl. „La Croix“, 19. 11. 70). Aus jüngster Zeit gab es im Juni dieses Jahres zwei Stellungnahmen von zwei Bischöfen. Angesichts „gewisser jüngster Ereignisse“ rief der Bischof von Nizza, *J. Mouisset*, den Gläubigen die erbärmlichen Lebensbedingungen ausländischer Arbeitnehmer in und um Nizza in Erinnerung und forderte sie zu „konkreter Gerechtigkeit“ auf. Im gleichen Monat verlangte der Weihbischof von Lyon, *A. Ancel*, die Gläubigen sollten „ihre Haltung gegenüber den Algeriern ändern“. „Warum können wir nicht für ihre Verteidigung eintreten, wenn man sie vor unseren Augen angreift? Warum spricht man mit ihnen nicht wie mit Brüdern, da sie doch wirklich unsere Brüder sind?“ (vgl. „La Croix“, 25. 6. 71). Eine ausgesprochene Sensibilisierung des Durchschnittskatholiken für dieses Problem einer Fremdenfeindlichkeit ist freilich noch nicht zu verzeichnen.

Das erste panafrikanische Laientreffen

Nach mehr als zweijähriger intensiver Vorbereitung fand vom 11. bis 18. August 1971 in Accra, der Hauptstadt Ghanas, der erste panafrikanische Laienkongress („Panafricano Malagasy Laity Seminar“) unter dem Motto „Die Beteiligung der Laien am Wachstum der Kirche und an der vollen Entwicklung Afrikas“ statt. Dieses als das „bedeutendste Ereignis der Geschichte des katholischen Afrika“ (*J. Nino*) bezeichnete Treffen, „das so eindrucksvoll Zeugnis gibt von der Lebenskraft der Kirche“ (Papst *Paul VI.*), fand unter Beteiligung von Delegierten aus allen Ländern Afrikas (mit Ausnahme von

Mali und Moçambique) und Madagaskar statt. Je nach der Größe des Landes konnten zwei bis fünf Laiendelegierte und ein oder zwei Nichtlaien entsandt werden. Insgesamt verzeichnete man ca. 300 Teilnehmer, darunter zwei Kardinäle, 15 Erzbischöfe und Bischöfe, 35 Priester und Ordensleute sowie Beobachter der Panafrikanischen Kirchenkonferenz, internationaler Laienorganisationen und römischer Dikasterien. Die Bedeutung dieser Konferenz wird deutlich, wenn man berücksichtigt, daß die Delegierten für rund 45 Millionen Katholiken unter den ca. 344 Millionen Bewohnern Afrikas

sprachen. Mehr als bei anderen Tagungen dieser Größenordnung kann man davon ausgehen, daß die Delegierten wirklich *repräsentativ* für die Katholiken ihrer Herkunftsregionen sprachen, da die thematische Vorbereitung eingehend über die Ländergemeinschaften, die nationale Ebene, die Diözese bis hin zur Pfarrei gegangen war.

Im April 1970 hatte man bereits durch umfangreiche Fragebogen die wichtigsten Wünsche bezüglich der Thematik erforscht, diese anschließend nach inhaltlichen Schwerpunkten geordnet und zusammen mit Anregungen für Fragestellung, Beratung und Diskussion auf den verschiedensten Ebenen wieder zur Vorbereitung versandt. Außerdem war jede Delegation beauftragt, einen möglichst ausführlichen Bericht über die politisch-soziale Lage des Landes sowie über die Stellung und Probleme der Kirche dort und die besondere Situation der Laienbewegung zu erstellen. Aus den wenigen bekannt gewordenen Beispielen läßt sich bereits ersehen, daß diese Überblicke äußerst gewissenhaft und selbstkritisch erstellt wurden. Für die gesamte zukünftige Arbeit stellen sie eine wichtige Grundlage dar. Es ist bedauerlich, daß während des Seminars selbst keine Gelegenheit zur öffentlichen Bekanntgabe und zu Gesprächen über diese Analysen gegeben war.

Nach außen hin wurde die Bedeutung des Treffens unterstrichen durch die Anwesenheit hoher Persönlichkeiten aus Kirche und Gesellschaft. Kardinal *M. Roy* nahm als Präsident des päpstlichen Laienrates teil, Kardinal *P. Zoungrana* als Präsident des Symposiums der Bischofskonferenzen Afrikas und Madagaskars (SECAM) und Erzbischof *B. Gantin* (früher Dahomey) als Mitsekretär der Kongregation für die Glaubensverbreitung. An der Eröffnungs- und Schlußveranstaltung nahm auch der Ministerpräsident Ghanas, *K. A. Busia*, teil.

Bei der Eröffnung am 11. August verlas Kardinal Roy eine Botschaft des Papstes an den Laienkongreß. Darin brachte *Paul VI.* seine Hoffnung zum Ausdruck, daß seine Botschaft weitergegeben werden möge als ein „Aufruf, vorzutreten und dieses Treffen von Accra zum Ausgangspunkt für einen frischen und kräftigen missionarischen Einsatz zu machen“. Er verwies auf den „Konzilstext, der sozusagen die Charta des Apostolats

der Laien in der „Missionstätigkeit der Kirche“ ist. Auf das Thema des Kongresses überleitend, schrieb der Papst: „Ihr seid dem Wachstum der Kirche verpflichtet, weil ihr Glieder des Volkes Gottes seid; ihr seid der Entwicklung Afrikas verpflichtet, weil ihr Mitglieder der irdischen Stadt seid.“ Das „falsche Dilemma ‚Entwicklung oder Evangelisation‘ könne vor allem durch das „Eigenbewußtsein als Laien“ gelöst werden. Bei aller Betonung eines „Apostolates mit afrikanischer Form“ sollen die Laien nach Meinung des Papstes jedoch nicht zögern, „von der Erfahrung der Kirche zu lernen, was universalen Wert hat und was die große missionarische Lehre des Alten und Neuen Testaments widerspiegelt“. Im übrigen möge nichts „ohne enge und ständige Verbindung mit der Hierarchie, ohne Vertrauen und brüderlichen Gedankenaustausch mit den Priestern“ unternommen werden (Wortlaut der Botschaft in „Osservatore Romano“, 12. 8. 71).

Afrikanische Selbstkritik

Außer den Begrüßungsreden wurden am ersten Tag die beiden einzigen Referate des gesamten Treffens gehalten. Erzbischof *J. Zoa* von Yaoundé (Kamerun) sprach über „Die große Herausforderung Afrikas“ und „Die Aufgaben der afrikanischen Laien im Lichte des Zweiten Vaticanum“. Vom 12. August an galt die Arbeit ausschließlich den vier Themengruppen. Ohne umfangreiche Referate wurde jeweils zu Beginn in einer Vollversammlung in die Thematik und Arbeitsweise eingeführt, später wurden die Ergebnisse der einzelnen Arbeitskreise dem gleichen Gremium vorgebracht; abschließend verabschiedete man Beschlüsse und Resolutionen, die besonders auf die zukünftige Tätigkeit ausgerichtet waren. Die vier Themengruppen befaßten sich mit a) der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung, b) der Ehe und Familie, c) der Erziehung und Bildung und d) dem Platz und den Aufgaben des Laien in der Kirche Afrikas.

Große Beachtung fand die selbstkritische Einführung in das erste Thema durch *G. P. Kunambi* aus Tansania. Endlich müßten die Afrikaner selbst die eigenen Probleme anfangen und lösen. Bis zum heutigen Tage werde nichts in Afrika unternommen, ohne daß man vorher ans Ausland appel-

liert habe. Dies beruhe auf einem eindeutigen Minderwertigkeitskomplex und *Führungsmangel*. Er lehnte es als falsch ab, ständig die Nichtafrikaner als Schuldige für diese Unselbständigkeit hinzustellen. Energetisch wandte er sich gegen die fatalistische Einstellung, derzufolge es „göttlicher Wille“ sei, daß der Afrikaner arm zu sein habe. Im übrigen muß Afrika seiner Meinung nach eine *eigene Ideologie* entwickeln, die sich nicht an irgendein bestehendes System anschließt, sondern auf die leider vernachlässigte Tradition des eigenen Kulturkreises zurückgreift.

In den Arbeitskreisen zu diesem Thema befaßte man sich hauptsächlich mit den Aufgaben auf dem Lande sowie in den Städten und Industriezentren und dem politischen Auftrag des Einzelnen im Alltag. Die meist sehr rückständige Situation auf dem Lande begründeten die Teilnehmer mit dem Mangel an einer echten Führungsschicht, mit oft fehlender Agrarreform und mit der sich kaum um die Not der Bauern kümmernden afrikanischen Elite. Aber auch eingewurzelter Aberglaube und Konservatismus wurden für den langsamen Fortschritt auf dem Lande verantwortlich gemacht. Als Aufgabe für die Kirche und besonders die Laien sah man die Errichtung von Kooperativen mit verantwortungsvollen und fähigen Persönlichkeiten an ihrer Spitze.

Ganz anders, wenn auch nicht weniger besorgniserregend, stellen sich die Probleme in den Städten dar, die durch ständig weitergehende Landflucht hauptsächlich seitens der Jugend aus allen Nähten platzen (vgl. Herder-Korrespondenz 24. Jhg., S. 411 ff.). Jugendkriminalität, kultureller und sozialer Schock sowie Verlust der Familienbindung wurden als negative und erschreckende Folgen der neuen Entwurzelung behandelt. Allerdings dürfe man bei der Beurteilung der Situation auch die Vorteile der Stadt (bessere ärztliche Betreuung, größeres Bildungs- und Informationsangebot) nicht übersehen. Von der Kirche erwartete man ein größeres Engagement bei der Betreuung und Weiterbildung ungelerner Jugendlicher vom Lande. Interesse rief die Forderung nach einer „besonderen pastoralen Betreuung“ von Afrikanern „in hohen sozialen Stellungen“ hervor, die deshalb unterstützt werden müßten, „da sie die großen Gegensätze zwischen ihrer Überzeugung und den Anforderun-

gen ihrer Stellung an sich erfahren“ (zit. nach Fidesdienst, 1. 9. 71).

Auch in anderen Arbeitskreisen bedauerte man, daß viele Führungskräfte, die eigentlich nur durch kirchliche Unterstützung (Schule, Universität, Stipendien usw.) in ihre hohen Positionen aufrücken konnten, oftmals bereits nach kurzer Zeit den Kontakt zu den unteren Schichten und zur Kirche verlieren. Um eine Änderung in dieser Einstellung herbeizuführen, will man sich um eine geeignetere Ausbildung, um bessere Kontakte und eine weitgehende Bewußtseinsbildung kümmern.

Kontroversen um Ehefragen

War man sich in der ersten Themen- gruppe weitgehend einig gewesen, so zeigten sich beim Thema Ehe und Familie größere Diskrepanzen. Sie entzündeten sich an den Fragen der *Polygamie* und der *Geburtenregelung*. Eingehend beschäftigte man sich mit der traditionellen Eheauffassung und all ihren Aspekten (Ferntrauung, Verwandtenunterstützung, Konkubinat, Brautpreis). Zwar forderte man die Abschaffung dieser Traditionen, besonders des die Braut zur Handelsware degradierenden Brautpreises, doch fanden sich auch Befürworter für eine wohlwollende Zulassung und Segnung derjenigen polygamen Ehen, die sich als beständig erwiesen haben. Auch von einer grundsätzlichen Verurteilung der Vielehe wurde abgeraten. Man dürfe nicht verkennen, daß manche Familienbindung und die materielle Versorgung vieler Frauen dadurch aufrechterhalten würden. In einer scharfen Erwiderung erklärte Erzbischof Zoa: „Wenn wir uns eingedenk bleiben, daß wir nicht hier sind, um neue Dogmen zu formulieren, und wenn wir die christliche Liebe verstehen, dann haben wir die Lösung für die Polygamie. Eure Bischöfe können nicht gut nen-

nen, was in Wirklichkeit schlecht ist.“ Für zukünftige Diskussionen wurden zahlreiche Stichworte genannt. Es zeigte sich ein großer Nachholbedarf in der Behandlung von Fragen wie „Liebe“ und „voreheliche Beziehungen“.

Eine Gruppe vertrat die Ansicht, alle laufenden Bemühungen um eine Geburtenkontrolle seien falsch und unangebracht. Afrika sei ein unterbevölkerter Kontinent und brauche mehr Menschen. Alle anderen Behauptungen seien von falschen Motiven getragen. In Wirklichkeit komme es nur auf eine effektive Nutzung der Quellen und Rohstoffe an. Die Befürworter einer Geburtenkontrolle dagegen stützten sich sogar auf „*Humanae vitae*“ und forderten Beratungsstellen über die Knaus-Ogino-Methode. Gegen einzelne Bestrebungen für eine umfassende Geburtenkontrolle wandte sich die Mehrheit der Vollversammlung. Sie verwies u. a. auf die mit solchen Methoden verbundene sexuelle Ungebundenheit der Jugend.

Angesichts akuter Schulkonflikte (z. B. in Nigeria) kamen die Ergebnisse des dritten Themenbereiches überraschend. Der Arbeitskreis befürwortete weitgehend eine Übernahme der katholischen Schulen durch die Regierung. Anstatt über diese Entwicklung zu jammern, solle sich die Kirche zusammen mit den Regierungen um eine Neuordnung des Erziehungswesens kümmern. Dabei komme es auf eine bessere Beziehung zur afrikanischen Volksseele und Tradition sowie auf eine Intensivierung der technischen Ausbildung an.

Als wichtigste Forderungen wurden abschließend genannt: Die Kirche möge sich mehr um die im politischen Leben engagierten Laien kümmern; man dürfe nicht aufhören, auf die überall in Afrika anzutreffenden Fälle von Folterung und Verfolgung aus religiösen, ethnischen und politi-

schen Gründen hinzuweisen. Die Weltöffentlichkeit wurde aufgerufen, auf die für die Familien unerträglichen Bedingungen der Arbeiter in Südafrika und Rhodesien hinzuweisen, wo aus Gründen der Produktion die Familien oft monatelang auseinandergerissen werden. Jeder in Afrika müsse darauf hinwirken, daß die Eltern ihre große Verpflichtung als erste Erzieher ihrer Kinder erkennen und wahrnehmen. Im Bereich der *Massenkommunikation* komme gerade der Kirche Afrikas große Bedeutung zu, die noch nicht überall genügend genutzt wird. Es wurde eine Reihe von Resolutionen zur Arbeit und Struktur des afrikanischen Laienwesens verabschiedet. Man war entschlossen, einen festen Zusammenschluß mit einem Ständigen Sekretariat zu bilden. Aus diesem Grunde wurde das für den Kongreß zuständige Leitungsteam beauftragt, zumindest ein Jahr lang die Arbeit fortzusetzen, die Verwirklichung der Beschlüsse zu überwachen und die neuen Strukturen vorzubereiten.

Wichtig war die allgemein erkennbare Öffnung zu den anderen christlichen und nichtchristlichen Gemeinschaften. Ein besonderes Programm soll die Möglichkeiten der Zusammenarbeit darlegen. Wie so oft bei Tagungen dieser Art wird ein wirkliches Ergebnis erst später zu verzeichnen sein. Für alle Beobachter bestand der Eindruck darin, daß mit großer Energie und mit Eifer gearbeitet wurde. Die Fülle der anstehenden Themen ließ trotz aller Vorbereitung längst nicht alle Fragen klären. Die Veranstalter hatten sich zuviel vorgenommen. Aber wenn die Anstöße von Accra nun wiederum an der Basis behandelt und aufgegriffen werden, ist dieser Mangel sicherlich bald aufgehoben. Für das afrikanische Selbstbewußtsein und die Kirche Afrikas ist die Bedeutung des Treffens nicht hoch genug einzuschätzen.

Länderbericht

Undurchsichtige Entwicklung im Sudan

Der Sudan liefert wieder Schlagzeilen. Seit dem mißglückten Putschversuch im Juli rätseln Kommentatoren, wie man das Ganze einzuordnen habe. Als im Mai 1969 Oberst *Numeiri*, bald darauf zum General geworden, an die Macht kam, sprach man vom „Linksputsch“. Kommunisten unterstützten das neue Regime, die Ostblockländer leisteten Wirtschafts- und Militärhilfe. Einige Minister

waren bekannte Kommunisten, andere Marxisten. Der arabische Sozialismus, den General *Numeiri* vertrat, schien, so nahm man nach der Verstaatlichung der Banken und ähnlichen Maßnahmen an, links einzuordnen zu sein. Diese Annahme schien im Vorgehen gegen konservativ-islamische Kräfte, wie etwa die Ansarsekte, deren Anhänger man zusammen mit ihrem Anführer, einem Nach-